

Die Regierung und die Massenmedien

Autor(en): **Reck, Oskar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 10

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162365>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

DIE REGIERUNG UND DIE MASSEN MEDIEN

Ein Mitglied der Landesregierung hat unlängst festgestellt, der Bundesrat komme sich bisweilen unheimlich einsam vor, denn von einer permanenten Unterstützung der Regierungspolitik durch wichtige Blätter könne keine Rede mehr sein. In der Tat: Einer Regierung, der alle grossen Landesparteien zugehören, wissen sich selbst die Parteiblätter nur noch zu Teilen verpflichtet, geschweige denn die als unabhängig etikettierten. Die Zeit, da Regierungspolitik von willigen Parteifreunden in den Redaktionen interpretiert und verteidigt wurde, ist längst vorbei. Noch gibt es eine loyale (und das will sagen: staatsbürgerlich verpflichtete) Presse, aber keine regierungstreue mehr, die sich als Sprachrohr anbietet. Unterstützung, Bekämpfung oder Verschweigen bundesrätlicher Vorlagen und Massnahmen sind für die politischen Blätter Entscheidungen von Fall zu Fall.

Seit die Presse ihr Publizitätsmonopol eingebüsst hat, ist ihr die Regierung freilich auch nicht mehr ausgeliefert. Radio und Fernsehen eröffnen der Exekutive fortgesetzt die Möglichkeit, ihre Aktivität darzustellen. Nur erhebt sich vor den Massenmedien, die ja nicht die vielfach geteilten Macht- und Interessenverhältnisse der Presse aufweisen, sofort die Frage nach dem Missbrauch von Monopolpositionen. In der Tat ist solcher Missbrauch in sehr verschiedenartiger Ausprägung von Hitler bis de Gaulle zu belegen. Die ihrem Wesen nach zentralistischen Medien Fernsehen und Radio sind, wie hier anzumerken wäre, in ihrer leichten Verfügbarkeit und Manipulierbarkeit zur Behändigung durch eine entschlossene Regierung ohnehin noch besser disponiert als die zumeist dezentralisierte Presse.

Auch die enragiertesten Kritiker der hiesigen Lage versteigen sich nur selten und durchaus wider besseres Wissen zur Behauptung, Radio und Fernsehen in der Schweiz seien von der Landesregierung gesteuert. Selbst wenn diese dazu geneigt wäre, fehlte ihr der für dieses subtile Geschäft taugliche Stab, und die nicht minder benötigte Diskretion wäre in unserer an und für sich schon porösen und in der Praxis noch poröser gewordenen Staatsform vollends nicht zu erlangen. Ist also von Regierungsabhängigkeit nicht zu reden, so gewiss von der Bindung an die etablierte Ordnung insofern, als in der Verbindung von Aussendruck und Selbstzensur die mittlere Linie und der Proporz die Szene beherrschen. Dass es im Einzelfall zu Äusserungen des Missfallens aus der Landesregierung kommt, die im Radio und Fernsehen als bedrückende Interventionen empfunden werden, und dass – wiederum in Einzelfällen – bundesrätliche Wünsche die Zusammensetzung von Gesprächsrunden mitbestimmen können, gehört in dieses Bild keineswegs unter obrigkeitlicher Fuchtel lebender, aber jeder Art von Einflüssen ausgesetzter Massenmedien.

Dieser Zustand, unserem Hang zu helvetischen Halbheiten entsprechend, bewirkt das in der Öffentlichkeit verbreitete Gefühl der Führungslosigkeit im Staate. Mit Erklärungen im Parlament, mit Pressekonferenzen und Communiqués ist Regierungspolitik nicht mehr darzustellen und der Bevölkerung verständlich zu machen. Die Regierung braucht vielmehr zur Öffentlichkeit den direkten und kontinuierlichen Zugang: Sie muss, mit andern Worten, durch eines ihrer Mitglieder oder ihren Sprecher ihre Absichten oder Entscheide fortlaufend aus eigenem Willen und ohne

irgendwelche Zwischeninstanzen direkt interpretieren. Nur so kommt es zur unverstellten Begegnung zwischen Volk und Regierung – und nur so, mit genau bezeichneten Sendezeiten für die Exekutive, ist in den Massenmedien auch eine saubere Abgrenzung zwischen Offiziellern und der Auseinandersetzung mit dem Offiziellen möglich. Die Regierung hat nicht nur einen Anspruch darauf, sondern die demokratische Pflicht, ihre Politik mit den Mitteln moder-

ner Information fortgesetzt darzustellen; die Massenmedien wiederum können ihren Auftrag allein unter dem Titel einer möglichst weitgespannten (und auch ausgenützten) Programmfreiheit erfüllen. Mit hin bleibt nur die rigorose zeitliche Abgrenzung im – verschiedenartigen – Gebrauch von Fernsehen und Radio. Sie ist die Voraussetzung einer klar strukturierten Informationspolitik.

Oskar Reck

MONAT DER KONFERENZEN

Auf das Jahresende hin pflegt der Terminkalender der internationalen Diplomatie mit Konferenzen überladen zu sein. Auch 1969 macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme; in West und Ost wie in der Dritten Welt trafen sich Politiker und Staatsmänner zu den üblichen oder ausserordentlichen *Rendez-vous*. Man wird die Ergebnisse dieser Treffen im allgemeinen nicht überschätzen; immerhin sind dieses Mal einige bemerkenswerte Resultate zu verzeichnen, deren Auswirkungen das politische Geschehen in den ersten Monaten des neuen Jahres bestimmend gestalten werden.

EWG und NATO

Das Gipfeltreffen der Sechsergemeinschaft zu Anfang Dezember in Den Haag markiert zwar keinen Wendepunkt in der Entwicklung der EWG. Aber erstmals seit dem Verschwinden de Gaulles sind *neue Akzente* sichtbar geworden. Der französische Präsident *Pompidou* hat zu verstehen gegeben, dass er einer Erweiterung der Gemeinschaft nicht jenes starre Nein entgegengesetzt wie sein Vorgänger. Für 1970 sind Verhandlungen mit den beitragswilligen Staaten in Aussicht genommen. Das Eis beginnt zu schmelzen, und wenn es auch verfrüht wäre, schon jetzt von einem entscheidenden Kurswechsel Frankreichs zu sprechen, so scheint es doch so gut wie sicher, dass die Stagnation, welche die Ent-

wicklung der EWG seit 1963 kennzeichnete, jetzt überwunden ist. Ein ermutigendes Symptom dafür ist auch die verhältnismässig rasche Einigung über die *Finanzierung* der Wirtschaftsgemeinschaft, womit das Ende der Übergangszeit erreicht ist. Die Bemühungen um eine europäische Integration treten damit 1970 in eine neue Phase.

Weniger spektakulär als das Gipfeltreffen in Den Haag war die Dezembersession des NATO-Rates in Brüssel. Grundsätzlich wurde das strategische Prinzip der *flexible response* bestätigt und die von der nuklearen Planungsgruppe ausgearbeiteten Vereinbarungen über den Ersteinsatz atomarer Waffen und die Konsultationsverfahren zwischen den Alliierten genehmigt. Gegenüber der vom Osten lancierten Idee einer *europäischen Sicherheitskonferenz* zeigten sich die Minister der atlantischen Allianz weiterhin reserviert; es ist kein Geheimnis, dass die Vereinigten Staaten einem solchen Mammuttreffen gegenüber nach wie vor Bedenken hegen und sich wenig von einer Konferenz versprechen, deren Teilnehmerkreis so weit gezogen ist und deren Themen nur vage umrissen werden können. Andererseits hat die NATO *bilaterale Annäherungsversuche* zwischen ihren Mitgliedern und Ländern des Ostblockes als wünschbar bezeichnet und damit der Bonner Bundesregierung das Placet für ihren Dialog mit Moskau gegeben.